

Tagungsbericht

Staatsbremse für mehr Wachstum

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft und des VDMA
am 29. Februar 2012 in Berlin

30
JAHRE
STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT
Kronberger Kreis 1982 - 2012



2

Staatsbremse für mehr Wachstum



Inhaltsverzeichnis

- 2 Einführung
Prof. Dr. Michael Eilfort
Stiftung Marktwirtschaft
- 3 **Zwiegespräch:**
Starker versus schlanker Staat
Prof. Dr. Clemens Fuest
Oxford University
Prof. Dr. Gustav A. Horn
Hans-Böckler-Stiftung
- 6 **Diskussion: Privatwirtschaft
oder Staatswirtschaft – welche Balance?**
Dr. Thomas Lindner
Präsident des VDMA
Kerstin Andreae MdB
Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Joachim Pfeiffer MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Sven Hauke Kaerkes
Arbeitsgemeinschaft Selbständige der SPD
- 8 **Schlusswort**
Dr. Hannes Hesse
Hauptgeschäftsführung des VDMA

Impressum:

Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de
Ansprechpartnerin: Dr. Verena Mertins
mertins@stiftung-marktwirtschaft.de
Fotos: Kay Herschelmann

Einführung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

Für die Stiftung Marktwirtschaft entschuldigt Prof. Dr. Michael Eilfort zuerst das Fehlen des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, der in einer Aktuellen Stunde dem Bundestag Rede und Antwort stehen müsse.

Die Diskussion um geeignete Maßgrößen gesellschaftlichen Fortschritts in der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ sei wichtig, doch stellt Eilfort einfürend klar: „Wir müssen Wachstum anstreben. Auch in Griechenland kommt es auf das Wachstum an. Wie sollen sonst Schuldenlasten abgetragen und Schuldenbremsen eingehalten werden?“ Die Stiftung Marktwirtschaft errechne mit ihrer Bilanzierung des *Ehrbaren Staates* die ehrliche Schuldenlast aus expliziten und impliziten öffentlichen Schulden von zurzeit knapp 5 Billionen Euro. Erforderliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur seien so schwer zu stemmen.

Es stelle sich die Frage, ob weniger Staat bzw. dessen Konzentration auf Überwachungs- und Ausgleichsfunktionen, damit vielleicht weniger Staatsausgaben (auch Subventionen), Bürokratie und Abgabenbelastung sogar noch Wachstum hervorbringen könne: Wäre eine Staatsbremse hilfreich? Diese Staatsbremse könnte auch auf die Staatsquote bezogen werden, die in Deutschland von 30% Anfang der 1960er Jahre auf heute fast 50% gestiegen sei, was mit einer deutlichen Verlangsamung der Wachstumsraten einhergehe.

Der „Unternehmer Staat“ sei mit Vorsicht zu genießen, denn wie schon ein ehemaliger Bundeswirtschaftsminister sagte: „Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht.“ Deswegen sei z.B. das brandenburgische Gesetz zur „Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge“ kritisch zu sehen, weil es die Möglichkeiten der kommunalen wirtschaftlichen Betätigung massiv ausweite – „unter Aufgabe des Subsidiaritätsprinzips und bei unfairem Wettbewerb“.



Prof. Dr. Clemens Fuest

Zwiesgespräch: Starker versus schlanker Staat

Prof. Dr. Clemens Fuest
Research Director, Oxford University
Centre for Business Taxation

Prof. Dr. Gustav A. Horn
Direktor des Instituts für Makroökonomie
und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung

„Wie ist das Verhältnis von Staat und Markt?“ Diese Frage werde mit der Finanz- und Schuldenkrise zu Recht in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt, so Prof. Dr. Clemens Fuest, Research Director an der Oxford University for Business Taxation und designierter Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. In vielen Industrieländern gebe es eine hohe und konjunkturell bedingt schwankende *Staatsausgabenquote* (auch Staatsquote genannt) – und nicht etwa einen Rückzug des Staates. Stabiler stellten sich die Steuereinnahmenquoten dar, die ebenso wie die Staatsverschuldungsquoten seit den 1970er Jahren stetig angestiegen seien, in der europäischen Währungsunion unterbrochen durch die Bemühungen zur Einhaltung der Konvergenzkriterien in den 1990er Jahren. Fuest, ehemaliges Mitglied im Kronberger Kreis, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, verdeutlicht die massive Ausweitung der Staatsverschuldung seit 2008: „Vor der Krise galt eine Verschuldung von 90% als Ausweis dysfunktionaler Tendenzen. Heute erschreckt eine Verschuldung von 90% niemanden mehr.“

Wichtig sei neben der Höhe der Staatsausgaben die Entwicklung ihrer Struktur. Zum einen expandierten die Zinsausgaben mit zunehmender Verschuldung. Zum anderen steige der Anteil der Sozialausgaben immer weiter an, während der Anteil der öffentlichen Investitionen und

Personalausgaben immer weiter sinke. Dieser Trend bedeute, dass die staatlichen Kernaufgaben, wie z.B. Polizei, Bildung und Infrastruktur, zugunsten von Zinszahlungen und sozialer Umverteilung an Gewicht verlören.

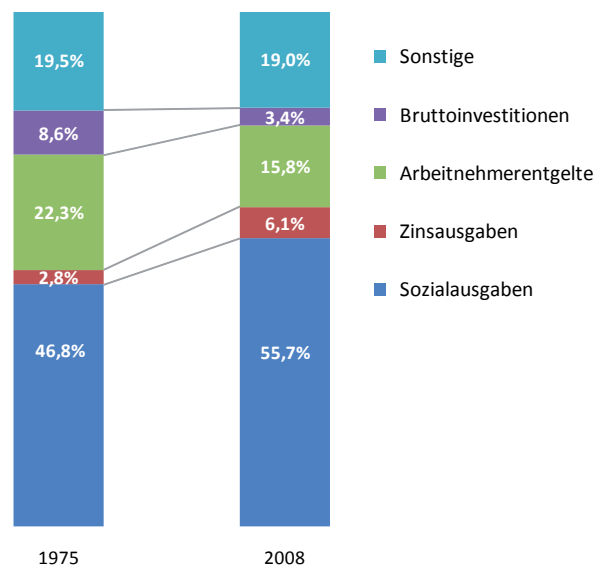


Abbildung: Struktur der Staatsausgaben in Deutschland (Daten: Statistisches Bundesamt)

Prof. Dr. Gustav A. Horn, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, beginnt sein Eröffnungsstatement mit der Entwicklung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst, die Zeugnis für den massiven *Rückzug des Staates* ablege. Während diese Zahl 1991 für Deutschland noch bei 5,2 Millionen gelegen habe, seien Ende 2010 nur noch 3,6 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt gewesen. Bei Bereinigung der Zahlen um Privatisierungen sowie um die „Friedensdividende“ durch die veränderte Bedrohungslage sei immer noch eine Senkung um 11% zu konstatieren: „Wie kann man da zu dem Urteil einer ausufernden Staatstätigkeit kommen,“ fragt Horn.

Was den *Anstieg der Staatsverschuldung* angehe, so sei dieser *Steuersenkungen* und nicht *Ausgabenerhöhungen* geschuldet. Horn rechnet vor, dass die *Staatsausgaben* zwischen 1998 und 2008 absolut nur um durchschnittlich 1,4% pro Jahr gestiegen und real sogar leicht rückläufig gewesen seien. Jedoch haben die *Steuereinnahmen* 2008 um 50 Milliarden Euro niedriger gelegen als unter Anwendung des Steuerrechts von 1998. Die These des notwendigen Rückzugs des Staates sei mit der inhärenten Stabilität von marktwirtschaftlichen Systemen begründet worden. Doch habe die Finanzkrise gezeigt, dass diese Stabilität so nicht bestehe, sondern dass aufgrund von Unsicherheit Panikwellen entstehen könnten, die die wirtschaftliche Aktivität zum Erliegen bringe. Die einzige Instanz, die sich den Panikwellen entgegenstellen könne, sei die Staatengemeinschaft. Horn stellt fest: „Wir kassieren heute die Dividende unserer Stabilisierungspolitik in der Finanzkrise in Gestalt von hohen Steuereinnahmen, Wirtschaftswachstum und niedrigen Arbeitslosenquoten. Jetzt kommt es darauf an, diesen Erfolg richtig zu nutzen und die Staatsausgaben und somit auch die Staatsquote wieder zu senken.“

Dennoch bezeichnet Horn den deutschen Staat als unterfinanziert: „Wir werden um *Steuererhöhungen* nicht herumkommen.“ Da die Rettung des Finanzmarktes enorme staatliche Mittel verschlungen habe, sollten die Finanzakteure an den Kosten der Krise angemessen beteiligt werden. Horn befürwortet zu diesem Zweck Bankenabgabe und Finanztransaktionsteuer. In Bezug auf die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise ist Fuest deutlich skeptischer als Horn und verweist auf das geringe Eigenkapital der großen deutschen Banken im Vergleich zu den immensen Rettungssummen. Die Finanztransaktionsteuer sieht er kritisch und bezweifelt, dass sie die Stabilität des Finanzmarktes erhöhen könne. Um Krisen in Zukunft zu verhindern, seien höhere Eigenkapitalanforderungen im Rahmen einer verbesserten Regulierung das Mittel der Wahl. Fuest wundert sich in diesem Zusammenhang: „Die deutsche Politik lässt zu, dass die Banken, die den Karren gegen die Wand gefahren haben, die Debatte darüber dominieren, was nun zu tun ist. In anderen Ländern geht man da anders vor.“

Steuern auf Bankengewinne seien laut Fuest sinnvoll, ebenso wie die Erhebung von individuell zurechenbaren Beiträgen für öffentliche Leistungen, wie z.B. Studiengebühren. Doch könnten solche begrenzten Maßnahmen keinen wesentlichen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen leisten – im Gegensatz zu breiten Steuern, wie Umsatz- oder Einkommensteuer. Doch bewertet Fuest



die Steuer- und Abgabenquote als im Zeitablauf stabil, weswegen er den primären Handlungsbedarf nicht auf der Einnahmen- sondern auf der Ausgabenseite sieht.

Einigkeit herrscht bei den beiden Ökonomen darüber, dass die öffentlichen Investitionen in der Vergangenheit vernachlässigt wurden und hier kein weiteres *Sparpotential* bestehe. Fuest fügt hinzu, dass im Bereich der Verteidigung ebenfalls „nichts zu holen“ sei, weil von Deutschland in Zukunft eher ein stärkeres Engagement erwartet werde. Die Zinsausgaben würden sich durch die mutmaßlich steigenden Zinssätze in Zukunft ebenfalls ausweiten. Und auch die Bereiche Bildung und Forschungsförderung seien mit großen Erwartungen behaftet. Deswegen sieht Fuest hauptsächlich bei den *Sozialausgaben* Sparpotential und verweist zudem auf die in der umlagefinanzierten Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung enthaltene Staatsverschuldung sowie die demografischen Herausforderungen. Leistungskürzungen seien unabdingbar. Horn führt daraufhin den Demografiefaktor in der Rentenanpassungsformel, der die Lasten der Demografie zwischen Rentnern und Beschäftigten aufteile, und den Riesterfaktor, der Beitragserhöhungen dämpfe, an. Das Rentensystem trage dem demografischen Wandel also längst Rechnung. Aufgrund drohender Altersarmut warnt Horn entschieden davor, die Leistungen für Rentner weiter zu kürzen.

Im Widerspruch zu Horn hält Fuest den Staat nicht generell für unterfinanziert: „Aber die Ansprüche an den Staat steigen. Wenn wir die alle erfüllen wollen, ist der

Staat tatsächlich unterfinanziert. Dann expandiert die Steuerbelastung und das kostet Wachstum.“ Fuest illustriert seine Aussage mit einem hypothetischen Beispiel für eine sozialpolitisch wünschenswerte aber zugleich sehr teure Maßnahme: garantierte Kinderbetreuung für gesunde und kranke Kinder von sieben Uhr morgens bis acht Uhr abends.

Bei der Bewertung der Sinnhaftigkeit von Staatsausgaben äußert Horn Zurückhaltung: „Die Bürger und die Parteien, die sie wählen, müssen entscheiden, welche Ausgaben sie wollen. Wir Ökonomen sollten uns mit der effizienten Durchführung der Staatsausgaben beschäftigen.“ Wenn sich die Bevölkerung für eine Maßnahme wie z.B. das Elterngeld ausspreche, dann seien die Kosten gesellschaftlich zu tragen, und die Aufgabe müsse ohne die Vergeudung von Ressourcen erledigt werden. Horn schlägt vor, Gesetzesvorhaben mit einer Zielvorstellung und einer zeitlichen Befristung zu versehen, um nach Ablauf der Frist festzustellen, ob sich die Erwartungen an das Vorhaben erfüllt hätten.

Bürokratieabbau und Privatisierung von öffentlichen Unternehmen könnten laut Horn nicht mehr zu spürbaren Entlastungen des Staates führen. Er sieht im *Gesundheits-system* das größte Potential für Effizienzsteigerungen und glaubt nicht, dass sich das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen mit nicht marktgerechten Übergängen dauerhaft aufrechterhalten lasse. Horn plädiert für ein einheitliches durchlässiges System mit stärkerem Wettbewerb sowohl auf der Anbieter- als auch auf der Nachfragerseite und prangert zudem die hohen Kosten der deut-

schen Gesundheitsversorgung, z.B. bei Arzneimitteln, an. Die beiden Wissenschaftler sind sich darin einig, dass eine staatliche Absicherung immer die großen Risiken abdecken sollte und die kleineren Risiken der privaten Vorsorge überlassen werden könnten. Deswegen sei laut Fuest die Pflegeversicherung falsch konzipiert, die in Deutschland genau andersherum funktioniere. Bei den *privaten Vorsorgemöglichkeiten* komme es zudem auf die richtige Ausgestaltung an. Fuest wird deutlich: „Ich bin entsetzt von der Art und Weise, wie in Deutschland die private Ersparnis für das Alter gefördert wird.“ Das Ziel der Riester-Rente sei es, Altersarmut vorzubeugen. Doch die tatsächlichen Effekte bestünden darin, dass erstens die Banken und Versicherungen in Form von exzessiv hohen Gebühren profitierten, zweitens die obere Mittelschicht von den anderen sozialen Schichten subventioniert würde und drittens eine enorme Bürokratie aufgebaut werde. Horn stimmt Fuest zu: „Das ist wirklich ein Unding. Hier wird eine richtige Aufgabe falsch gelöst.“ Er plädiert dafür, die Einführung eines öffentlichen kapitalgedeckten Rentenprodukts als Konkurrenz zu den privaten Anbietern zu ermöglichen. Horn gibt aber auch zu bedenken, dass die Rendite auf eine Rente in der Periode erwirtschaftet werden müsse, in der sie ausgezahlt werde – ob umlagefinanziert oder kapitalgedeckt. In jedem Fall brauche man eine gute Wirtschaftsentwicklung, um die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme zu sichern. Fuest weist zu guter Letzt darauf hin, dass die demografische Entwicklung erst ab 2020 richtig greifen werde und man die Übergangsphase für Reformen nutzen könne und solle.



Sven Hauke Kaerkes, Prof. Dr. Gustav A. Horn, Moderatorin Dr. Dorothea Siems (Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik, Die Welt) und Prof. Dr. Clemens Fuest (v.li.).

Diskussion: Privatwirtschaft oder Staatswirtschaft – welche Balance?

Dr. Thomas Lindner

Präsident des VDMA,
Vorsitzender der Geschäftsführung der Groz-Beckert KG

Dr. Thomas Lindner, Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagebau e.V. (VDMA), erinnert daran, dass die Verteilung der staatlichen Mittel erst diskutiert werden könne, nachdem die Mittel privat erwirtschaftet wurden. Deswegen lehnt er Steuererhöhungen, z.B. bei der Erbschaftsteuer oder durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, entschieden ab.

Dass die Balance zwischen Staat und Wirtschaft aus dem Ruder zu laufen drohe, erkenne man an der Simultanität von extrem hohen Steuereinnahmen und Budgetdefiziten. Er könne auch keinen Rückzug des Staates erkennen, sondern konstatiere massive staatliche Eingriffe z.B. auf dem Energiemarkt und einen daraus resultierenden Subventionsdschungel. Das mache inzwischen immer komplexere Folgeeingriffe notwendig. So sei der Neubau von Gaskraftwerken ohne staatliche Unterstützung kaum mehr kalkulierbar. Andererseits werde diskutiert, energieintensive Großunternehmen dafür zu belohnen, für die Abfederung von Nachfragespitzen zu bestimmten Zeiten weniger Energie nachzufragen.

Lindner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Groz-Beckert KG, fasst zusammen: „Ich glaube nicht, dass die Energiewende an grundsätzlichen technischen Mängeln scheitern muss. Aber um Investitionen zu tätigen, brauchen Unternehmen funktionierende Geschäftsmodelle und verlässliche Bedingungen. Der Staat muss daher seine Energie-



Dr. Thomas Lindner

politik viel besser koordinieren.“ Lindner stimmt seinem Vorredner Horn dahingehend zu, dass der Staat effizienter werden müsse, da dies die internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich beeinflusse.

Und Lindner spitzt zu: „Am effizientesten ist der Staat, wenn er gar nicht unternehmerisch tätig ist.“ Deswegen plädiert er für eine Staatsquote von 40%, die als langfristiges Ziel festgeschrieben werden solle. Analog zur Schuldenbremse schaffe eine feste Vereinbarung ein höheres Maß an Verbindlichkeit als ein vage formuliertes Ziel. Zudem müsse der Staat verstärkt in seine Substanz investieren, weshalb Lindner eine Bruttoinvestitionsquote von mindestens 2% fordert. Die dafür erforderliche Budgetumschichtung sei in Kauf zu nehmen.

Kerstin Andreae MdB

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
von Bündnis 90/Die Grünen

„Wir haben eine Diskrepanz zwischen einer reichen Gesellschaft mit leistungsfähigem Unternehmertum auf der einen Seite und Rentner- und Kinderarmut auf der anderen Seite,“ meint Kerstin Andreae MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. Die hohe Staatsverschuldung sei durch die Ausgaben der Vergangenheit entstanden. Andreae schlägt nun vor, über die Schuldenbremse, die nur die Neuverschuldung regelt, hinauszugehen und einen Schuldenabbau zu beginnen. Durch die in der Folge geringeren Zinszahlungen hätte der Staat mehr Mittel zur Verfügung und könnte höhere „Zukunftsausgaben“ in Bildung und Kinderbetreuung tätigen.

Die Sprecherin für Wirtschaftspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Meinung, dass der Abbau des Schuldenbergs nur durch eine Steigerung der Staatseinnahmen erfolgen könne. Sie sieht darüber hinaus beim Subventionsabbau enormes Einsparpotential und plädiert dafür, die Ausnahmetatbestände bei der Mehrwertsteuer zu begrenzen. Generell seien Subventionen degressiv zu gestalten, dies gelte sowohl für die Solarförderung, vor allem aber für umweltschädliche Subventionen, z.B. bei Dienstwagen- und Kerosinbesteuerung. Um den Schuldenabbau voranzutreiben, schlägt Andreae außerdem das „grüne Konzept“ zur Vermögensabgabe vor.

Funktionierender Wettbewerb und das Aufbrechen von staatlichen Monopolen hätten positive volkswirtschaftliche Effekte, wie z.B. die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes gezeigt habe. Doch nicht nur der Markt, sondern auch der Staat könnten Treiber für Innovation sein, wie Andreae anhand des japanischen Top-Runner-Ansatzes



Kerstin Andreae MdB

illustriert: Jedes neue Produkt müsse mindestens so energieeffizient sein wie die besten sich bereits auf dem Markt befindlichen Produkte. Der Staat müsse Leitplanken für den Wettbewerb vorgeben: „Deutschland steht deswegen in der Umwelttechnik so gut da, weil wir früh angefangen haben, technologische Neuerungen einzufordern, z.B. in den Bereichen Wasser und Abfall. Markt und Staat gehen gemeinsam voran – mit einer klaren Zielsetzung und mit so wenig Regulierung wie nötig.“

Dr. Joachim Pfeiffer MdB

Wirtschaftspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Joachim Pfeiffer MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sieht die Rolle des Staates nicht darin, Mitspieler der Wirtschaft zu sein, sondern darin, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass möglichst effiziente Ergebnisse erzielt werden: „Der funktionierende Wettbewerb ist ein Instrument, um Effizienzpotentiale zu heben, die dem Bürger zugutekommen. Das ist der Grundgedanke der sozialen Marktwirtschaft.“

Pfeiffer führt ein Beispiel zu den Auswirkungen mangelnden Wettbewerbs aus seiner Heimat Baden-Württemberg an. Dort wurden vor etwa zwanzig Jahren öffentliche Abwasserentsorgungsanlagen gebaut, die privat deutlich günstiger hätten errichtet werden können. Doch da sich die Zuschüsse der öffentlichen Förderprogramme an der Abwassergebühr pro Kubikmeter orientiert hätten, seien die Anlagen zu völlig überbewerteten Preisen von der öffentlichen

Hand errichtet worden. Die aktuellen Rekommunalisierungstendenzen sieht Pfeiffer deshalb äußerst kritisch und betont, dass die Daseinsvorsorge auf der staatlichen Ebene nicht unbedingt besser aufgehoben sei. So seien im Gesundheitssektor und öffentlichen Verkehr noch erhebliche Effizienzpotentiale zu heben.

Auch auf dem Energiemarkt ließen sich die positiven Effekte der Liberalisierung anhand der vergrößerten Anbieter- und Produktvielfalt feststellen. Wegen des natürlichen Monopols der Netze müsse dort aber weiterhin reguliert werden. Staatliche Eingriffe in einem Teilbereich des Energiemarktes, wie z.B. mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, aber führten zu weiteren Eingriffen und drohender „Planwirtschaft“. Pfeiffer stellt klar: „Der Umbau der Energieversorgung ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf.“ Besondere Bedeutung misst er dem Netzausbau zu. Als der Energiemarkt noch durch ein geschlossenes Monopol beherrscht wurde, konnte der Ausbau der Infrastruktur sehr viel leichter kalkuliert werden. Doch sieht Pfeiffer nicht mangelnde finanzielle und technische Kapazitäten für den schleppenden Netzausbau als verantwortlich an, sondern vielmehr die zeitaufwendige Genehmigung und Umsetzung.



Dr. Joachim Pfeiffer MdB

Sven Hauke Kaerkes

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Selbständige der SPD

„Die optimale Balance besteht darin, wenn es von dem einen ebenso viel gibt wie von dem anderen,“ beginnt Sven Hauke Kaerkes, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbständige der SPD, sein Statement, so dass die philosophische Sicht für eine Staatsquote von 50% und nicht 40% spreche. Die Empirie gebe dem Recht: Im euro-



Sven Hauke Kaerkes

päischen Vergleich sei Deutschlands Staatsquote nämlich nur unterdurchschnittlich hoch. Zudem habe Deutschland vor der Finanzkrise eine enorme Senkung der Staatsquote um fünf Prozentpunkte erreicht. Der Unternehmer erinnert daran, dass Deutschland vor zehn Jahren noch vom „Economist“ als „kranker Mann Europas“ titulierte wurde und nun – trotz einer wieder erhöhten Staatsquote – die europäische Konjunkturlokomotive spiele. Kaerkes schlägt deshalb vor, die Diskussion um die Rolle von Staat und Wirtschaft zu entideologisieren.

Entscheidend sei nicht die Absenkung der Staatsquote, sondern die Erhöhung der Effizienz in den sozialen Sicherungssystemen. Denn die Bürger und Unternehmer forderten zu Recht eine ganze Reihe von Aufgaben vom Staat wie die Sicherstellung der Infrastruktur, Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung, Regulierung der Finanzmärkte und Währungsstabilität. In diesem Zusammenhang stellt Kaerkes die Frage „Wie viel Finanzwirtschaft braucht die Realwirtschaft?“ in den Raum und plädiert für eine Erhöhung der Investitionen.

Zur Abgrenzung zwischen Privat- und Staatswirtschaft führt der Unternehmer ein Beispiel aus seiner Berufserfahrung an: „Das wichtigste Gut, das wir haben, ist unsere Gesundheit. Die vertrauen wir zu einem guten Teil selbständigen Ärzten an. Unsere Mülltonnen dagegen müssen im Auftrag kommunaler Bediensteter abgeholt werden. So musste sich unser Unternehmen durch alle Instanzen bis hin zum Bundesverwaltungsgericht klagen, dass wir berechtigt sind, Kartonagen aus Müllbehältern in Wohnanlagen herauszunehmen.“ Die staatliche Vorrangstellung in bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge hält der Unternehmer für nicht nachvollziehbar.

Schlusswort

Dr. Hannes Hesse

Hauptgeschäftsführer des VDMA

Dr. Hannes Hesse, Hauptgeschäftsführer des VDMA, weist darauf hin, dass der Maschinenbau überwiegend aus kleinen und mittelgroßen Unternehmen mit insgesamt fast einer Million Beschäftigten besteht. Dem Maschinenbau liege die Effizienz des Staates besonders am Herzen, weil die Exportquote dieser kleinteiligen Industrie durchschnittlich 76% und in einzelnen Sektoren, wie z.B. bei Textil- und Druckmaschinen, sogar über 90% betrage. Dementsprechend wichtig seien die heimischen Rahmenbedingungen als Erfolgsfaktor im internationalen Standortwettbewerb. Das oft vernommene Bekenntnis der Politik zum Mittelstand müsse daher mit entsprechenden Taten einhergehen. Den im Laufe der Tagung mehrfach angesprochenen notwendigen Ausbau der Energienetze – mit eingebauter Erfolgsgarantie für die beteiligten Unternehmen, weil die Bundesnetzagentur eine bestimmte Rendite vorgebe – bezeichnet Hesse als „Staat pur“. Die Dichte der Markteingriffe, wie sie im Energiesektor üblich geworden seien, dürfe keinesfalls auf andere Bereiche übergreifen. Sie sei ein krasses Negativbeispiel.

Hinsichtlich der von einigen Referenten der Tagung geforderten Steuererhöhungen als Beitrag zur Konsolidierung der Staatshaushalte erwidert Hesse, dass sich die Politik zu wenig Gedanken über die konkreten Konsequenzen der Steuererhöhungen für Wachstum und Wohlstand des Landes mache. Der VDMA werde das Thema Staatsbremse unbeirrt auch in Zukunft weiter verfolgen.



Dr. Hannes Hesse